

Genferin wird Kommission gegen Rassismus präsidieren

Bei der Bekämpfung von Rassendiskriminierungen in der Schweiz übernimmt Martine Brunschwig Graf von Georg Kreis das Steuer. Sie will nicht nur anklagen.

Von Richard Diethelm, Lausanne

Der Basler Georg Kreis und Martine Brunschwig Graf besitzen zwar dasselbe Parteibuch, seit die Genfer Liberalen mit der FDP fusioniert haben. Aber Brunschwig Graf, die der Bundesrat auf Beginn des nächsten Jahres zur Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) ernannt hat, unterscheidet sich in Laufbahn und Stil von ihrem Vorgänger. Der Historiker und Basler Uniprofessor griff wiederholt mit scharfer Kritik an nationalistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen in die innenpolitische Debatte ein und zog so den Zorn der SVP auf sich.

Die Berufspolitikerin hält mit ihrer Meinung zwar auch nicht zurück. Aber in politischen Auseinandersetzungen greift Brunschwig Graf, die von 1993 bis 2005 Genfer Staatsrätin war und sich nach acht Jahren soeben aus dem Nationalrat verabschiedet hat, lieber zum Florett als zum Zweihänder. Als typische Genfer Liberale tritt sie ebenso für eine möglichst grosse Wirtschaftsfreiheit als auch für die Einhaltung der Menschenrechte ein. So präsidiert die verwitwete Nationalrätin die internationale Vereinigung zur Vorbeugung von Folter. «Für mich ist der Respekt vor dem Menschen wertvoller als Toleranz», sagt die 61-Jährige.

Kritik an UNO-Konferenz

Die Sensibilität für Diskriminierungen entwickelte sie im Freiburger Elternhaus und später im multikulturellen Genf. Dort stieg die Ökonomin zur Direktorin der welschen Zweigstelle der Wirtschaftsförderung (heute Economie-suisse) auf, bevor sie in die Regierung gewählt wurde. Martine Brunschwigs jüdischer Vater und die katholische Mutter führten ein Restaurant und zogen acht Kinder auf. «In der Familie war

meine religiöse Erziehung jüdisch. Ausgebildet wurde ich in katholischen Schulen, und im protestantischen Genf machte ich Karriere», beschreibt sie ihre soziale Prägung.

Die Nahostpolitik der Schweiz unter Aussenministerin Micheline Calmy-Rey verfolgte Brunschwig Graf stets kritisch. 2009 äusserte sie Vorbehalte gegen die II. UNO-Konferenz gegen Rassismus in Genf, weil sie einseitige Kritik an Israel befürchtete. Diesen Sommer warnte sie, die Palästinensergebiete als Staat in die UNO aufzunehmen. «Als Schweizer Bürgerin billige ich die Politik der aktuellen Regierung Netanyahu nicht, aber ich anerkenne das Recht Israels, zu existieren und sich gegen den Terrorismus der Hamas zu schützen», rechtfertigte sie diese Haltung.

Die künftige ERK-Präsidentin will sich aber nicht einseitig mit Antisemitismus befassen, sondern mit allen Formen von Rassismus - etwa gegen Schwarze an Sportanlagen - und Diskriminierung von Minderheiten in der Schule oder am Arbeitsplatz. Dass die schweizerische Strafnorm gegen Rassismus durchgesetzt werden müsse, sei für sie klar. Aber sie wolle im neuen Amt nicht nur anklagen, sondern mit positiven Kampagnen im Sport, im Schulwesen und in der Arbeitswelt etwas bewirken. «Denn ein schlechtes Gewissen ist nicht das beste Mittel gegen Rassismus.»



«Respekt vor dem Menschen ist wertvoller als Toleranz», sagt Brunschwig Graf.